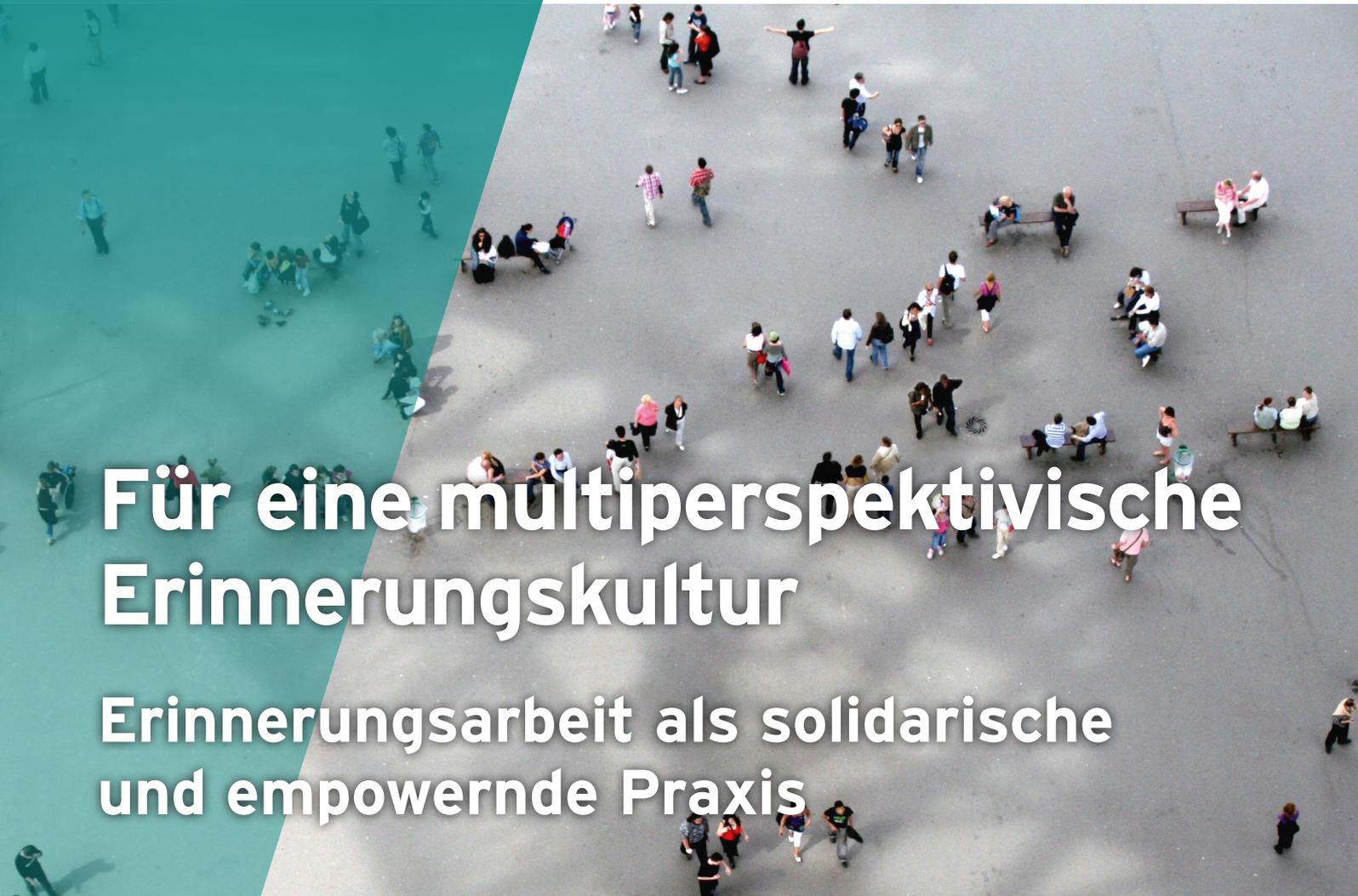


# ÜBERBLICK

Zeitschrift des Informations- und  
Dokumentationszentrums für  
Antirassismusbearbeitung in Nordrhein-Westfalen



## Für eine multiperspektivische Erinnerungskultur

## Erinnerungsarbeit als solidarische und empowernde Praxis

Von der rechten Gewalt, die es nicht geben  
durfte. Gedenken als solidarische Praxis

---

Verbindende Erinnerungsarbeit aus post-  
migrantischer Perspektive. Das  
Zusammendenken einer rassistischer- und  
antisemitismuskritischen Bildungsarbeit

---

**IDA-NRW**

Informations- und Dokumentationszentrum  
für Antirassismusbearbeitung in Nordrhein-Westfalen



**Für eine multiperspektivische Erinnerungskultur. Erinnerungsarbeit als solidarische und empowernde Praxis**

**Von der rechten Gewalt, die es nicht geben durfte. Gedenken als solidarische Praxis** 3  
Katharina Rhein

**Verbindende Erinnerungsarbeit aus postmigrantischer Perspektive. Das Zusammendenken einer rassismus- und antisemitismuskritischen Bildungsarbeit** 8  
Karima Benbrahim

**Neues von IDA-NRW** 15  
**Infos** 16  
**Termine** 20

**IMPRESSUM**

**Überblick**  
Ausgabe 2/2024, 30. Jahrgang  
ISSN 1611-9703

**Herausgegeben vom**  
Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbildung in NRW (IDA-NRW)  
Volmerswerther Str. 20 · 40221 Düsseldorf  
Tel: 02 11 / 15 92 55-5  
Info@IDA-NRW.de  
www.IDA-NRW.de

**Redaktion**  
Karima Benbrahim, Roxana Gabriel, Meltem Büyükmavi

**Online-Ausgabe**  
www.ida-nrw.de/publikationen/ueberblick/

**Einsendeschluss** von Nachrichten und Veranstaltungshinweisen für Ausgabe 3/2024: 1. September 2024

Liebe Leser\*innen,

bei der Europawahl 2024 haben rechtspopulistische Parteien deutlich an Stimmen gewonnen. In Frankreich gewann die rechtspopulistische Partei Rassemblement National von Marine le Pen mit mehr als 30 Prozent der Stimmen, und auch in Italien ging die Partei Fratelli d'Italia mit der postfaschistischen Ministerpräsidentin Giorgia Meloni eindeutig als Siegerin hervor. In Deutschland wurde die rechtsextreme AfD zweitstärkste Kraft im Land. Einzig im nordischen Europa, in Schweden, Finnland und Dänemark gewannen bei der Europawahl linke und grüne Parteien. Erstmals durften in dieser Europawahl auch Menschen ab 16 Jahren in Deutschland wählen. Dies bedeutete einen Zuwachs von 1,4 Millionen Wähler\*innen. In der Altersklasse bis 24 Jahre waren besonders die Unionsparteien (17%) und die AfD beliebt (16%), während die Grünen um 23 Prozent auf elf Prozent abstürzten. Zugleich haben 28 Prozent der jüngsten Wähler\*innen-gruppe kleine Parteien gewählt, die nicht im Bundestag vertreten sind, wie etwa Volt Europa. Junge Menschen haben besonders oft konservative bis rechtsextreme Parteien gewählt. Laut Analysen der Parteiprogramme zeigen sich europaweit starke Übereinstimmungen zwischen den rechtspopulistischen Parteien, etwa die Forderung nach einem stärkeren Grenzschutz, einer restriktiven Zuwanderungspolitik und einer Abwendung von Klimaschutzmaßnahmen – sowie vor allem auch der Wunsch nach einem geringeren Einfluss der EU.

In der Öffentlichkeit war nach den Wahlergebnissen von den etablierten, demokratischen Parteien kaum Selbstkritik zu vernehmen. Stattdessen wurde in der Politik Verwunderung darüber geäußert, dass junge Wähler\*innen eine rechtspopulistische Partei wie die AfD wählten, obwohl seit Jahren davor gewarnt worden sei. Viele Menschen fragten sich hingegen: Warum tun die etablierten, demokratischen Parteien so wenig gegen rechte Vereinbarungen und rechte Politiken in ihren eigenen Parteien, die den Menschen suggerieren, Migrant\*innen und geflüchtete Menschen seien tatsächlich das Hauptproblem in Deutschland und für alle Missstände verantwortlich. Denn alle Parteien antwortete(n) auf sozioökonomische Fragen, auf Fragen zu Wirtschaftswachstum, Frieden und Klimawandel mit rassistischen Narrativen und Politiken. Laut der Tagesschau stimmen 82% der AfD-Wähler\*innen folgender Aussage zu: „Es ist mir egal, dass die AfD in Teilen als rechtsextrem gilt, solange sie die richtigen Themen anspricht“. Wie kann es sein, dass rechtsextreme Aussagen normalisiert werden, um den anderen Parteien einen vermeintlichen Denkzettel zu verpassen? Diese Frage wird von den demokratischen Parteien bis heute nicht beantwortet. Stattdessen steht ausgerechnet jetzt die Kinder- und Jugendarbeit, politische Bildung und Demokratieförderung, die die so notwendigen rassismuskritischen und demokratischen Lern- und Bildungsprozesse leisten, vor der bislang größten Kürzung ihrer Förderung.

In diesem Sinn, solidarische Grüße  
Karima Benbrahim

**Für eine multiperspektivische Erinnerungskultur. Erinnerungsarbeit als solidarische und empowernde Praxis**

Diese Ausgabe beschäftigt sich mit multiperspektivischer postmigrantischer, postnationalsozialistischer und postkolonialer Erinnerungskultur. Dabei stehen Gedenken und Erinnerungsarbeit im Fokus, die wir als empowernde und solidarische Praxis verstehen. Im ersten Beitrag befasst sich Katharina Rhein mit der Frage, wie in Deutschland seit 1945 mit rechter Gewalt und ihren Opfern umgegangen wurde und weshalb ein Gedenken an die Opfer wichtig ist. Im zweiten Artikel erzählt Karima Benbrahim unsichtbare Geschichten maghrebischer Zwangsarbeiter\*innen während der NS-Zeit und setzt sich dabei mit der Frage auseinander, was Erinnerungskultur in einer postmigrantischen Gesellschaft bedeutet bzw. wie eine solche Erinnerungskultur aussehen kann.

**Von der rechten Gewalt, die es nicht geben durfte**

**Gedenken als solidarische Praxis**

// Katharina Rhein

Der folgende Beitrag befasst sich mit der Frage, wie in Deutschland seit 1945 mit rechter Gewalt und ihren Opfern umgegangen wurde und weshalb ein Gedenken an die Opfer wichtig ist. Er beinhaltet auch Vorschläge für ein kritisches Erinnern, das ein Gedenken an die Opfer mit dem Kampf gegen rechte Gewalt und Strukturen verbindet.

Bis heute ist die genaue Zahl rechter Tötungsdelikte aus rassistischen, antisemitischen, antiziganistischen oder sozial-chauvinistischen Motiven nicht ganz klar und die Liste muss immer wieder auch um Fälle aus der Vergangenheit ergänzt werden. Die Amadeu Antonio Stiftung zählt seit 1990 mindestens 219 Todesopfer sowie weitere 16 Verdachtsfälle. In der offiziellen Statistik des Bundes sind es für den gleichen Zeitraum – erst seit 1990 erfasst das Bundeskriminalamt rechter Tatmotive bei Tötungsdelikten – deutlich weniger. Die Dunkelziffer liegt bedeutend höher, da in vielen Fällen die rechten Motive nicht ermittelt wurden oder zumindest keinen Eingang in die Akten fanden (vgl. auch Brausam 2021; Speit 2013, 109). Thomas Billstein kommt für den Zeitraum von 1970 bis Juli 2020 auf 315 Opfer, darunter 41 Verdachtsfälle (vgl. Billstein 2020, 20). Die Morde sind allerdings nur die Spitze des Eisbergs angesichts von jährlich mehr als 20.000 rechtmotivierten Straftaten – und das sind nur die, die überhaupt in der polizeilichen Kriminalstatistik erfasst sind. 2018/19 wurden fast täglich Anschläge auf Unterkünfte für Geflüchtete verzeichnet (vgl. ebd., 7).

Billstein hat nicht nur die Opfer dokumentiert, sondern den Blick auch auf die Täter\*innen<sup>1</sup> gerichtet. Individualtäter\*innen wie die in München, Halle und Hanau, bei deren Radikalisierung rechte Internetnetzwerke offenbar eine große Rolle spielten, stellt er erst seit 2016 fest (vgl. ebd., 23). Für die rechten Morde zuvor gilt, dass die Täter\*innen vielfach in extrem rechten Parteien, Strukturen oder Subkulturen verankert waren und über die Hälfte der Taten in Gruppen verübt wurde. Es stellt sich die Frage, wieso sich die Mär vom Einzeltäter dennoch so lange konsequent gehalten hat.

**Postnationalsozialistische Gesellschaft**

Spricht man in Deutschland über rechte Gewalt und Erinnerung, geschieht dies in einem bestimmten historischen Kontext: in der postnationalsozialistischen Gesellschaft.<sup>2</sup> Postnationalsozialistisch meint dabei nicht einfach ein Danach, sondern dass dieses Danach bis in die Gegenwart beeinflusst ist von dem, was war. Dies zeigt sich auch deutlich am Umgang mit rechter Gewalt, die es in der Bundesrepublik<sup>3</sup> immer gab, aber nicht geben durfte.

Der Nationalsozialismus war ein Kulminationspunkt rechter Ideologien und Praktiken, die im systematischen, industriell durchgeführten Völkermord an der jüdischen Bevölkerung sowie an Sinti\* und Roma\* gipfelten. Die vom NS-Staat begangenen Verbrechen waren spätestens mit Kriegsende weltweit bekannt. Der deutsche Umgang mit der Verbrechen-Geschichte und den Nachwirkungen ist geprägt durch den internationalen Druck der Alliierten, der bewirkte, dass sich die Deutschen als demokratiefähig beweisen mussten. Ohne diesen Druck hätte die NS-Ideologie vermutlich wesentlich ungebrochener fortbestehen können. Rechte Gewalt, die als Beleg für das Fortwirken des Nationalsozialismus gedeutet werden konnte, durfte es folglich nicht geben oder musste als marginal, eben als Tat von Einzelnen, die mit der deutschen Gesellschaft insgesamt nichts zu tun haben, interpretiert werden. Darüber hinaus gab es offiziell auch keinen Antisemitismus oder Rassismus mehr, obwohl beides in der gesellschaftlichen Realität fortbestand. Deshalb stellt sich die Frage, welche Kontinuitäten und welche Brüche es hinsichtlich der NS-Ideologie nach 1945 gab und wie sich ein aktuell hegemoniales nationales Selbstbild als

- 1 Unter den 263 bekannten Haupttäter\*innen tödlicher rechter Gewalt sind nur fünf Frauen, was einem Anteil von 2 % entspricht.
- 2 Die deutsche Gesellschaft ist auch eine postkoloniale Gesellschaft – auch dies gilt es zu berücksichtigen. In diesem Beitrag steht der postnationalsozialistische Kontext im Vordergrund, weil dieser zentraler für die Art und Weise ist, wie in Deutschland mit rechter Gewalt umgegangen wird.
- 3 Im Weiteren geht es vor allem um die BRD und weniger um die DDR, weil das bundesrepublikanische Modell des Umgangs mit den NS-Verbrechen und der Erinnerung letztlich das dominierende ist.

„Erinnerungsweltmeister“ entwickeln konnte, sodass man in der BRD trotz der Tatsache, Nachfolgestaat des NS-Staates zu sein, nationales Selbstbewusstsein daraus zieht, sich angeblich besonders gut mit der NS-Vergangenheit befasst und daraus gelernt zu haben (vgl. Rhein 2019).

Betrachtet man die Frage nach Kontinuitäten und Diskontinuitäten bezogen auf Antisemitismus, Rassismus und Antiziganismus, so ist feststellbar, dass die NS-Ideologie – trotz aller lange vorherrschenden Behauptungen einer „Stunde Null“ – nicht aus den Köpfen verschwunden war.

Beim Antisemitismus fanden sich andere Wege der Artikulation. Zunächst wurden öffentliche Äußerungen vermieden und ins Private verlagert. Außerdem entwickelten sich sogenannte sekundäre Formen des Antisemitismus, in denen die Feindschaft gegen Jüdinnen und Juden nur noch vermittelt zum Ausdruck kommt (vgl. Stern 1991; Bergmann 1997, 175ff.).

Rassismus wurde entweder als unmittelbar mit dem NS verbunden und in der Folge auch als „abgeschafft“ betrachtet oder – wie etwa auch im Fall von Forschung und Wissenschaft – in erster Linie allein als Teil des Rechtsextremismus begriffen und untersucht, wodurch die Dominanzgesellschaft aus dem Blick geriet. Der Begriff „Rassismus“ wurde aufgrund des mit dem NS identifizierten Begriffs „Rasse“ nach Möglichkeit vermieden. Man sprach nicht von Rassismus, sondern lieber von Fremden- oder Ausländerfeindlichkeit. Damit wurden diejenigen, die von Rassismus betroffen sind, als Fremde oder Ausländer\*innen deklariert und ihnen abermals das Deutschsein abgesprochen (vgl. Mecheril 2010, 241). Eine umfassendere Kritik am Rassismus erfolgte erst allmählich über den Umweg der Rezeption von Rassismustheorien vor allem aus dem englischsprachigen Kontext.<sup>4</sup>

Bis heute ist es oft schwierig, auf Antisemitismus und Rassismus im Alltag aufmerksam zu machen. Dies hängt auch mit diesem über Jahrzehnte tradierten Abwehrreflex zusammen, selbst nichts mit Antisemitismus und Rassismus zu tun zu haben, um jede Nähe zum NS negieren zu können (vgl. Messerschmidt 2008).

Beim Antiziganismus haben wir es noch mal mit einem ganz anderen Problem zu tun. Denn er war und ist letztlich bis heute sehr beständig und konnte zunächst

weitgehend ungebrochen fortgeführt werden. Die rassistische Verfolgung während des Nationalsozialismus wurde lange nicht anerkannt und etwa vom Bundesgerichtshof noch 1956 als „sicherheitspolizeiliche Maßnahme“ aufgrund angeblich krimineller Eigenschaften der Verfolgengruppe legitimiert. Der Völkermord wurde als solcher erst 1982 offiziell von der Bundesregierung anerkannt, und zwar nachdem sich eine Bürgerrechtsbewegung gegründet und ihre Rechte erkämpft hatte (vgl. Clausen/Strauß 2020, 37).

Generell lässt sich festhalten: Auch wenn die Erinnerung an die NS-Verbrechen und insbesondere an die Shoah heute eine vergleichsweise große Selbstverständlichkeit zu haben scheint, so ist dies alles andere als selbstverständlich und vor allem durch die unermüdeten Kämpfe von Überlebenden, ihren Angehörigen und Verbündeten so möglich geworden. Angesichts der Wahlerfolge der AfD und deren populistisch vorgetragenen geschichtsrevisionistischen Positionen offenbart sich deutlich, wie fragil dieser erinnerungskulturelle Konsens letztlich ist. Darüber hinaus weisen zahlreiche Studien seit Jahren nach, wie fest menschenfeindliche Einstellungen in der Bevölkerung verankert sind.<sup>5</sup>

### Von Einzeltaten, Einzeltätern und anderen Strategien, sich der gesellschaftlichen Mitverantwortung zu entziehen

Die beständigen Versuche, sich als demokratisch und weitestmöglich distanziert vom Nationalsozialismus zu beweisen, führten auch dazu, dass rechte Gewalt nicht existieren durfte. Rechte Gewalt wurde und wird noch immer häufig nicht als solche wahrgenommen oder als Taten Einzelner dargestellt. Dass sie gerade von den Ermittlungsbehörden nicht wahrgenommen wurde, zeigt sich unter anderem bei den Ermittlungen zu den Morden des NSU, die sich lange gegen die Angehörigen der Opfer richteten und die eigentlichen Täter\*innen völlig ausblendeten. So war es bereits beim Mord am Vorsitzenden der jüdischen Gemeinde Erlangen, Shlomo Levin, und seiner Partnerin Frida Poeschke im Dezember 1980 – monatelang wurde im Umfeld der Opfer ermittelt (Steinke 2021, 8ff.; Steinhagen 2021, 163ff.).

Um internationale Aufmerksamkeit zu vermeiden und die Ausmaße von Antisemitismus sowie Rassismus möglichst zu verharmlosen bzw. um die Mehrheitsgesellschaft von entsprechenden Vorwürfen zu befreien, wurden diese immer wieder abgrenzbaren Problem- oder Täter\*innengruppen zugewiesen. Dies lässt sich anhand von Beispielen wie der sogenannten antisemi-

tischen Schmierwelle zu einem relativ frühen Zeitpunkt der BRD (1959/60) belegen. Es kam zu einer Häufung antisemitischer Straftaten – von Hakenkreuzschmierereien über Schändungen jüdischer Friedhöfe und Denkmäler bis hin zu tätlichen Übergriffen.<sup>6</sup> Am politischen Umgang damit wird deutlich, wie sich deutsche Mehrheitsgesellschaft und Politik vom Vorwurf des Antisemitismus distanzieren: Die Straftaten wurden zu einem Problem von Jugendlichen, die den Nationalsozialismus selbst nicht mehr miterlebt hatten, erklärt.

Die Vorkommnisse erregten internationales Aufsehen und Protest (vgl. Bergmann 1997, 236f.; Bergmann 1990; Buschke 2003, 312ff.). Angesichts des wachsenden öffentlichen Drucks bedurfte es Schuldiger, zumal insbesondere von vielen jüdischen Organisationen, aber auch von einigen deutschen Medien wie FR, SZ, SPIEGEL oder DIE ZEIT (vgl. Buschke 2003; 356f.) auf die vielfältigen personellen Kontinuitäten in der Bundesregierung aufmerksam gemacht wurde, die als Teil des Problems gesehen wurden. Den Antisemitismus betrachteten sie als gesamtgesellschaftliches Problem, weshalb zum einen die Regierungsapparate (Politik, Verwaltungen und Justiz) von alten Nazis gereinigt werden müssten. Zum anderen sollten für einen langfristigen Erfolg erzieherische Maßnahmen ergriffen werden. Eine Thematisierung der personellen Kontinuitäten in der Regierung sollte aus deren Perspektive allerdings vermieden werden. Die Bundesregierung unter Adenauer hatte von Beginn an versucht, die Vorfälle als „Flegeleien“ Jugendlicher herunterzuspielen. Dies erschien gerade deshalb Erfolg versprechend, weil unter den Täter\*innen tatsächlich überdurchschnittlich viele junge Menschen waren. In einer Rundfunkrede vom 16. Januar 1960 ließ Bundeskanzler Adenauer verlautbaren: „Wenn ihr irgendwo einen Lümmel erwischt, vollzieht die Strafe auf der Stelle und gebt ihm eine Tracht Prügel. Das ist die Strafe, die er verdient.“ (Adenauer 1960). Außer dieser fragwürdigen Handlungsempfehlung für den Umgang mit Jugendlichen wird hier der Eindruck erweckt, deren Verhalten stünde in keinem Zusammenhang zum Rest der Gesellschaft. Zugespielt formuliert: Alte Nazis und Mitläufer\*innen sollten hier den Antisemitismus der Jugendlichen wegprügeln. Weiter heißt es in der Rede:

„Unseren Gegnern im Ausland und den Zweiflern im Ausland sage ich, die Einmütigkeit des gesamten deutschen Volkes in der Verurteilung des Antisemitismus und des Nationalsozialismus hat sich in der denkbar geschlossenen und stärksten Weise gezeigt. Das deutsche Volk hat gezeigt, dass diese Gedanken und Ten-

denzen bei ihm keinen Boden haben.“ (Adenauer 1960) Aus der beschönigenden Rede über die deutsche Gesellschaft der 1950er-Jahre, über die es heißt, dass hier „Einmütigkeit des gesamten deutschen Volkes in der Verurteilung des Antisemitismus und des Nationalsozialismus“ (ebd.) bestanden habe, spricht ganz offensichtlich das deutliche Verlangen, das Ansehen der Deutschen bzw. der BRD im Ausland zu retten. Zudem wird der entschuldigende Diskurs über die unterdrückten Deutschen, die nur zum Nationalsozialismus gezwungen wurden, bedient, denn weiter ist die Rede davon, dass die meisten Deutschen „nur unter dem harten Zwang der Diktatur gedient“ hätten:

„Keineswegs war jeder Deutsche ein Nationalsozialist. Ich glaube, das sollte man allmählich doch auch draußen erkannt haben. In dem deutschen Volke hat der Nationalsozialismus, hat die Diktatur keine Wurzel, und die wenigen Unverbesserlichen, die noch vorhanden sind, werden nichts ausrichten. Dafür stehe ich ein.“ (Adenauer 1960).

Mit der Abwehr von Verantwortung für die Vergangenheit und der Zuweisung der Verantwortung für die antisemitischen Straftaten an einzelne „Unverbesserliche“ und vor allem an Jugendliche wurde die Mehrheitsgesellschaft entlastet und damit diejenigen, die tatsächlich in die NS-Gesellschaft involviert waren. Eine Kritik an der Eingliederung der vielen alten Nazis in die Staatsapparate konnte ausbleiben, während politischer Handlungswille unter Beweis gestellt wurde, indem man politische Bildung für Jugendliche forderte. Rechte Gewalt ging mithin somit nur von vielen Einzeltätern aus – der Rest der Gesellschaft hatte damit nichts zu tun.

Zu einem frühen Zeitpunkt wurde die deutsche Nation bereits als positives Gegenbild zu – in diesem Falle – antisemitischen Jugendlichen entworfen, und das noch keine 15 Jahre nach der Befreiung, die in den Augen der deutschen Dominanzgesellschaft damals und noch für Jahrzehnte eine Niederlage darstellte. Die gesellschaftlichen Zusammenhänge und eine Mitschuld der Gesellschaft wurden negiert, die Probleme externalisiert.

Dieses Muster lässt sich auch am Beispiel der massiven rassistischen Gewalt Anfang der 1990er-Jahre erkennen. Die bekanntesten Beispiele unter ungezählten sind in Ostdeutschland die Pogrome in Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen. In Westdeutschland waren die Brandanschläge auf von Türk\*innen bewohnte Häuser im November 1992 in Mölln und am 29. Mai 1993 in Solingen besonders schockierend, die insgesamt acht Tote (Bahide Arslan, Yeliz Arslan und Ayşe Yılmaz in Mölln sowie Gürsün İnçe (27), Hatice Genç (18), Gülüstan Öztürk (12), Hülya Genç (9) und Saime Genç (4) in Solingen) sowie zahlreiche Verletzte forderten und auch international großes Entsetzen auslösten. Das alles erfolgte in einem gesellschaftlichen Klima ras-

4 Durch die Tabuisierung von Rassismus war es für Betroffene lange schwierig, eine positive Identität etwa als Schwarze Deutsche zu entwickeln. Erst Mitte der 1980er-Jahre veränderte sich dies, nicht zuletzt durch die Rezeption Schwarzer Feministinnen aus dem Ausland. Ein Markstein war das Buch „Farbe bekennen – afrodeutsche Frauen auf den Spuren ihrer Geschichte“ (Ayim/Oguntoye/Schultz 1986). Damals gründete sich auch die Initiative Schwarzer Menschen in Deutschland (ISD) (vgl. Fehrenbach 2009, 48ff.; Kraft 2015, 16ff.).

5 Vgl. etwa die zwischen 2002 und 2011 unter Leitung von Wilhelm Heitmeyer durchgeführte Langzeitstudie „Deutsche Zustände“ oder die seit 2014 ebenfalls an der Universität Bielefeld von Andreas Zick geleitete Mitte-Studie sowie die seit 2002 von Elmar Brähler, Oliver Decker und Johannes Kiess an der Universität Leipzig durchgeführte Leipziger Mitte-Studie.

6 Ob es wirklich eine Häufung gab oder ob primär die Aufmerksamkeit gestiegen war, wurde schon damals problematisiert (vgl. Bergmann 1997: 190). Zudem hat die Rede von der „antisemitischen Schmierwelle“ verharmlosenden Charakter, denn bei den vermerkten antisemitischen Straftaten handelt es sich keineswegs nur um Kritzeleien (vgl. Rhein 2019, 165; Steinke 2021, 146).

sistisch aufgeladener migrationspolitischer Debatten schon seit den 1980er-Jahren.<sup>7</sup> Auch bei der Debatte um das Grundrecht auf Asyl Anfang der 1990er-Jahre wurden zahlreiche rassistische Ressentiments bedient (vgl. Prenzel 2015, 308). Vielfach wurde auch die damalige mediale Berichterstattung kritisiert (vgl. etwa Pagenstecher 2008; DISS 1993; Jäger 1992). Diese politische Stimmung blieb nicht ohne Auswirkungen auf die Bevölkerungsmeinung. Laut Umfragen des Meinungsforschungsinstituts Emnid vom September 1991 gaben 21 Prozent der Ost- und 38 Prozent der Westdeutschen an, dass sie ‚Verständnis‘ für jene ‚rechtsradikalen Tendenzen‘ hätten, die das vermeintliche Ausländerproblem überall aufkommen lasse“ (Speit 2013, 102).

Nur zwei Wochen nach dem Anschlag in Mölln vereinbarten CDU/CSU und die nicht mitregierende SPD eine massive Verschärfung des Asylrechts. Die indirekte Botschaft an die gewaltbereite Naziszene lautete: Wir nehmen euch ernst, wir gehen auf eure politischen Forderungen ein.<sup>8</sup> Am 26. Mai 1993 – drei Tage vor dem Anschlag in Solingen – verabschiedete der Bundestag den sogenannten Asylkompromiss, mit dem eine Grundgesetzänderung einherging, die das Asylgesetz und das Recht auf Asyl in Deutschland stark einschränkte. Die rassistische Gewalt brachte allerdings auch eine außenpolitische Herausforderung mit sich: internationale Aufmerksamkeit. Der Eindruck, beim Rassismus in Deutschland handele es sich um ein gesamtgesellschaftliches Problem, musste vermieden werden. Rechtsextremismus wurde als Problem vor allem bei ostdeutschen Jugendlichen isoliert und Dominanzgesellschaft sowie Politik wurden weitgehend vom Vorwurf des Rassismus befreit. Zwar wurden als gesellschaftliche Ursachen auch Arbeitslosigkeit, Armut und soziale Verunsicherung geltend gemacht. Die ideologische und funktionale Verschränkung mit bürgerlichem Rassismus und staatlicher Ausländer- und Asylpolitik konnte dadurch aber ausgeblendet werden. Die Ursachen der Gewalt in Ostdeutschland konnten zudem auch als Nachwirkung des Sozialismus der DDR betrachtet werden – schließlich galt man in Westdeutschland als geläutert und fern aller Verbindungen nach rechts.

Da wiederum Jugendliche zu Hauptträger\*innen des Problems erklärt wurden, lag es nahe, erneut mit pädagogischen Maßnahmen zu reagieren. Neben der historisch-politischen Bildung wurde nun vor allem Jugendarbeit und Sozialpädagogik eine größere Bedeutung beigemessen und die sogenannte akzeptierende Jugendsozialarbeit etabliert. Diese wurde vielfach kri-

tisiert, weil sie die rechte Szene und ihre Strukturen eher unterstützte als sie zu bekämpfen. So erfuhr die Naziszene nicht nur durch die Verschärfung der Asylgesetze Bestätigung, sondern ebenfalls durch das von der damaligen Bundesjugendministerin Angela Merkel angestoßene „Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt (AgAG)“. Mit dessen Hilfe entstanden vielerorts von Sozialarbeiter\*innen betreute Räume, die oft zu Treffpunkten der Naziszene wurden, während alternative Jugendszenen verdrängt wurden. Eine Vorgehensweise, die schon damals polemisch als „Glatzenpflege auf Staatskosten“ kritisiert wurde (vgl. Quent 2016, 183ff.). Auch der NSU hat sich in diesem Umfeld entwickelt.

Es handelt sich hier zwar nicht direkt um die These vom Einzeltäter oder von der Einzeltäterin, aber es wird wieder eine abgrenzbare Gruppe ausgemacht, die die westdeutsche Dominanzgesellschaft vom Vorwurf der Nähe zum NS befreit. Die extrem rechte und rassistische Gewalt in Westdeutschland und die westdeutschen Nazikader, die am Aufbau der Strukturen in Ostdeutschland beteiligt waren, wurden kaum gesehen. Die Ursachen für rechte Gewalt allein bei Einzelnen oder abgrenzbaren Gruppen zu verorten, lässt rechte Gewalt als Problem von Einzelnen oder wenigen erscheinen und ermöglicht die Ausblendung der gesellschaftlichen Mitverantwortung, der Fehler von Behörden etc. Rechte Gewalt findet in der Regel jedoch in einem gesellschaftlichen Klima statt, das die Täter\*innen ermutigt, ihrem Hass Ausdruck zu verleihen. Abwehrreflexe verhindern eine ernsthafte Auseinandersetzung und politische Konsequenzen.

### Erinnerung als solidarische Praxis

Erinnerung an die Opfer rechter und rassistischer Gewalt ist wichtig. Es ist eine Frage von Gerechtigkeit, weil das Vergessen der Opfer und der Ereignisse letztlich den endgültigen Sieg von Unrecht bedeuten würde. Das Gedenken an die Opfer gibt ihnen einen Platz in der Gesellschaft, den ihnen die Täter\*innen nicht zugestehen. Erinnerung im Sinne einer kontinuierlichen Auseinandersetzung mit dem Geschehen kann das Unrecht nicht ungeschehen, aber zumindest eine Gegenposition sichtbar machen. Sie zeigt, dass das, was geschehen ist, nie hätte geschehen dürfen. Erinnerung kann dabei für diejenigen, die mit dem Akt der Gewalt zu Objekten degradiert wurden, ein Akt der Selbstermächtigung sein. Und sie enthält die Hoffnung und die Forderung, dass sich derartige Verbrechen nicht wiederholen.

Um rechte Gewalt und ihre gesellschaftlichen Bedingungen nachhaltig kritisieren zu können, muss auch die Dominanzgesellschaft bereit sein, sich mit ihren eigenen Voraussetzungen kritisch auseinanderzusetzen. Bezogen auf die NS-Verbrechen, ist dies heute eher möglich – zumindest deutlich weniger umstritten als noch in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik. Dennoch kom-

<sup>7</sup> Vgl. hierzu den Beitrag von Adelheid Schmitz in diesem Band. (Informationen zum Sammelband auf S. 8 – Anm. d. Redaktion)

<sup>8</sup> In Rostock z. B. wurden zudem die vietnamesischen Bewohner\*innen des angegriffenen Heims ausquartiert und die Zentrale Aufnahmestelle für Geflüchtete wurde verlegt, eine Entschädigung erhielten die Angegriffenen nicht.

men Fragen auf, wenn sich eine nationale Erinnerungsgemeinschaft auf ihre angeblichen Erfolge beruft, während rechte Gewalt fortbesteht. Mit Blick auf die NS-Geschichte gibt es einige Fortschritte, zum Beispiel können bei Gerichtsverfahren inzwischen NS-Täter\*innen verurteilt werden, die zuvor nicht als Täter\*innen gegolten hätten. Auch Entschädigungszahlungen beispielsweise für Zwangsarbeiter\*innen konnten nach Jahrzehnten – wenn auch viel zu spät – endlich durchgesetzt werden.

Kritische Erinnerungspraktiken müssen die Frage nach Gerechtigkeit fokussieren und zeigen, welche Kämpfe hier geführt werden mussten, welche Erfolge es gibt, aber auch, welche verlorenen Kämpfe mitzudenken sind.<sup>9</sup> Auch eine offizielle staatliche Anerkennung der Verbrechen-Geschichte ist ein Erfolg der von Opfern rechter Gewalt und ihrer Verbündeten geführten Kämpfe. Erinnerung darf allerdings nicht erstarren und zu bloßen Ritualen verkommen – Auseinandersetzungen müssen weitergeführt werden. Auch wenn einige positive Entwicklungen erkennbar sind, zeigen die politischen Angriffe von rechts, dass diese Prozesse nicht abgeschlossen sind. Die Geschichte rechter Gewalt in Deutschland unterliegt weiterhin Deutungskämpfen, die es sichtbar zu machen gilt. In diese Deutungskämpfe muss mit einer Praxis interveniert werden, die solidarisch mit den Opfern rechter Gewalt ist – historisch wie aktuell.

### Ausblick

Eine Strategie kritischer Erinnerung umfasst die Ahnung der Verbrechen und sollte auch die Kämpfe um Wahrnehmung sowie Anerkennung der Opfer und Betroffenen, um Entschädigung, um Aufklärung sowie konkrete Erinnerungspraktiken sichtbar machen. Sie sollte sich vergegenwärtigen, welche Widerstände es gegen ein Vergessen auf der einen Seite, aber auch gegen ein vereinnahmendes Erinnern, das sich vermeintlich auf die Seite der Opfer stellt, ohne daraus Konsequenzen zu ziehen, auf der anderen Seite gibt. Mit Blick auf die Vergangenheit, aber auch bei gegenwärtigen Kämpfen um Erinnerung wird deutlich, was kritisches Erinnern bewirken kann. Denn viele Opfer wären ohne dieses Erinnern vergessen, Entschädigungen wären nie gezahlt und das Unrecht, das NS-Verfolgten angetan wurde, wäre bei vielen Personen gar nicht erst anerkannt worden. Auf die Gegenwart bezogen, tritt zutage, wie durch beständiges Erinnern auch die Einzeltäterthese zunehmend ins Wanken gerät. Dank der Initiativen, die beständig Aufklärung fordern, die Praktiken der Erinnerung an die Opfer etabliert haben, daran festhalten und sie weiterentwickeln, weil solidarische Praktiken entwi-

ckelt werden, die es verhindern sollen, dass Opfer rechter Gewalt und ihre Angehörigen alleingelassen werden.

Eine wirksame Strategie gegen rechte Strukturen und rechte Gewalt müsste verschiedene Kämpfe zusammendenken, denn rechte Gewalt hat unterschiedliche Zielrichtungen. Die Leugnung oder Verherrlichung der NS-Verbrechen geht einher mit Rassismus gegen Muslime, gegen Schwarze, gegen PoC, mit Antisemitismus und Antiziganismus sowie mit Feindschaft gegen politische Gegner\*innen.

Kritische Erinnerung heißt daher auch, nach Anknüpfungspunkten der Kämpfe, nach Allianzen und solidarischen Beziehungen zu suchen. Die Opfer dürfen dabei nicht instrumentalisiert, nicht zu Objekten der Erinnerung gemacht werden. Der Anspruch muss vielmehr sein, sie in ihren individuellen, historisch konkreten Beziehungen zu erinnern. Opferkonkurrenzen, die mit einer Missachtung der bisherigen Kämpfe einhergehen, sind dabei ebenso wenig zielführend wie instrumentalisierende historische Vergleiche oder vereinnahmende Formen der Erinnerung, die die Opfer in ihrem konkreten Leid nicht ernst nehmen oder hinter Selbstvergewisserungsbemühungen verschwinden lassen.

Wenn man die Erinnerung an Opfer rechter Gewalt als Frage von Gerechtigkeit betrachtet und als Beitrag dazu sowohl das Unrecht als auch Gegenpositionen zum Geschehen sichtbar machen möchte, dann müssen die bisherigen Kämpfe um Aufarbeitung, Auseinandersetzung und Erinnerung gewürdigt und Verbindungslinien gesucht werden. Hier gilt es, die konkreten Ereignisse im Blick zu behalten und die Opfer nicht erneut zu Objekten zu machen, sondern in ihrer historisch konkreten Subjektivität ernst zu nehmen.

Ein konkretes Beispiel für Verbindungslinien der Kämpfe ist das Engagement der Auschwitz-Überlebenden Sinteza Anna Mettbach. Sie schaffte es lange nicht, über das Erlebte zu sprechen. Als am 23. November 1992 in Mölln Kinder verbrannten, weil Rassisten ihr Haus angesteckt hatten, begann sie zu sprechen und war bis zu ihrem Tod als Zeitzeugin aktiv. In einem Videointerview sagte sie: „Als man Kinder verbrannte, da musste ich raus, darüber reden, seitdem habe ich es mir zur Aufgabe gemacht, Zeitzeugin in Schulen zu sein.“<sup>10</sup> Die vielschichtigen Beziehungen und Dimensionen der Kämpfe zu berücksichtigen, ist komplex und bleibt sicherlich eine andauernde Suchbewegung in sich verändernden erinnerungspolitischen Konstellationen. Diese muss aber Teil der Auseinandersetzung mit rechter Gewalt in all ihren Ausprägungen sein, die wohl bis auf Weiteres notwendig bleiben wird. ■

<sup>9</sup> Gedenkstätten zur Erinnerung an die NS-Verfolgung sind in Westdeutschland nicht ohne zivilgesellschaftliche Initiativen und politischen Druck entstanden. Viele Opfergruppen wurden jahrzehntelang nicht als NS-Verfolgte anerkannt. Die Erinnerung an die Opfer rechter Gewalt nach 1945 wird, wenn überhaupt, in der Regel von kleinen Initiativen aufrechterhalten, um einige Beispiele zu nennen.

<sup>10</sup> Anna Mettbach im Film „Danach“. Der kurze Film des Hessischen Landesverbandes Deutscher Sinti und Roma berichtet über Anna Mettbach und ihr Leben. <https://www.youtube.com/watch?v=-qKVjC2-6NQ> [13.07.2022].

## Literatur

- Adenauer, Konrad (1960): Erklärung im Fernsehen am 16. Januar 1960 zur Schändung der Synagoge in Köln: Im deutschen Volk hat der Nationalsozialismus keine Wurzel, abgedruckt. In: Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung Nr. 11, 19. Januar 1960, S. 89. <https://www.konrad-adenauer.de/seite/16-januar-1960> (16.05.2022).
- Ayim, May/Oguntoye, Katharina/Schultz, Dagmar (Hg.) (1986): Farbe bekennen. Afro-deutsche Frauen auf den Spuren ihrer Geschichte, Berlin: Orlanda.
- Bergmann, Werner (1997): Antisemitismus in öffentlichen Konflikten. Kollektives Lernen in der politischen Kultur der Bundesrepublik 1949–1989, Frankfurt a.M.: Campus.
- Bergmann, Werner (1990): Antisemitismus als politisches Ereignis. Die antisemitische Schmierwelle im Winter 1959/60. In: ders., Rainer Erb (Hg.): Antisemitismus in der politischen Kultur nach 1945, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 253–275.
- Billstein, Thomas (2020): Kein Vergessen. Todesopfer rechter Gewalt in Deutschland nach 1945, Münster: Unrast.
- Brausam, Anna (2021): Todesopfer rechter Gewalt seit 1990 (Stand 10.12.2021). <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/todesopfer-rechter-gewalt/> (17.11.2022).
- Buschke, Heiko (2003): Deutsche Presse, Rechtsextremismus und nationalsozialistische Vergangenheit in der Ära Adenauer. Frankfurt a. M./New York: Campus.
- Clausen, Malte/Strauß, Rinaldo (2020): Kampf um Anerkennung. Vier Jahrzehnte Bürgerrechtsarbeit des Hessischen Landesverbandes Deutscher Sinti und Roma. Verband Deutscher Sinti und Roma, Landesverband Hessen (Hg.), Marburg.
- DISS (Hg.) (1993): Schlagzeilen. Rostock: Rassismus in den Medien, Duisburg: DISS.
- Fehrenbach, Heide (2009): Black Occupation Children and the Devolution of the Nazi Racial State. In: Chin, Rita/Fehrenbach, Heide/Eley, Geoff/Grossmann, Atina (Hg.): After the Nazi Racial State. Difference and Democracy in Germany and Europe. Michigan: University of Michigan Press, S. 30–54.
- Jäger, Siegfried (1992): BrandSätze. Rassismus im Alltag. Duisburg: DISS.
- Kraft, Marion (Hg.) (2015): Kinder der Befreiung. Transatlantische Erfahrungen und Perspektiven Schwarzer Deutscher der Nachkriegsgeneration. Münster: Unrast.
- Mecheril, Paul (2010): Politische Bildung und Rassismuskritik. In: Lösch, Bettina/Timmel, Andreas (Hg.): Kritische politische Bildung. Ein Handbuch. Schwalbach/Ts.: Wochenschau-Verlag, S. 241–252.
- Messerschmidt, Astrid (2008): Postkoloniale Erinnerungsprozesse in einer postnationalsozialistischen Gesellschaft – vom Umgang mit Rassismus und Antisemitismus. In: PE-RIPHERIE 28, H. 109-110: „Vom Erinnern und Vergessen“, Münster, S. 42–60.
- Pagenstecher, Cord (2008): „Das Boot ist voll“ – Schreckensvision des vereinten Deutschland. In: Netzwerk MiRA (Hg.): Kritische Migrationsforschung? Da kann ja jedeR kommen, S. 123-136. [edoc.hu-berlin.de/bitstream/handle/18452/18546/mira.pdf](http://edoc.hu-berlin.de/bitstream/handle/18452/18546/mira.pdf) (28.06.2022).

- Quent, Matthias (2016): Rassismus, Radikalisierung, Rechtsterrorismus. Wie der NSU entstand und was er über die Gesellschaft verrät. Weinheim/Basel: Beltz Juventa.
- Rhein, Katharina (2019): Erziehung nach Auschwitz in der Migrationsgesellschaft. Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus als Herausforderungen für die Pädagogik. Weinheim/Basel: Beltz Juventa.
- Speit, Andreas (2013): Der Terror von rechts – 1991 bis 1996.. In: Röpke, Andrea/Speit, Andreas (Hg.): Blut und Ehre. Geschichte und Gegenwart rechter Gewalt in Deutschland. Bonn: Ch Links, S. 94–121.
- Steinhagen, Martín (2021): Rechter Terror. Der Mord an Walter Lübcke und die Strategie der Gewalt. Hamburg: Rowohlt.
- Steinke, Ronen (2021): Terror gegen Juden. Geschichte und Gegenwart antisemitischer Gewalt in der Bundesrepublik.. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Stern, Frank (1991): Im Anfang war Auschwitz. Antisemitismus und Philosemitismus im deutschen Nachkrieg. Gerlingen: Bleicher.
- Winter, Bernd (2004): Gefährlich fremd. Deutschland und seine Einwanderung. Freiburg i.Br.: Lambertus.

## Autorin

Dr. Katharina Rhein ist Erziehungswissenschaftlerin und Soziologin. Derzeit arbeitet sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin für den Hessischen Landesverband Deutscher Sinti und Roma. Bis März 2020 war sie Ko-Leiterin der Forschungsstelle NS-Pädagogik an der Goethe-Universität und vorher unter anderem Bildungsreferentin in der Bildungsstätte Anne Frank. Arbeitsthemen sind unter anderem: NS-Geschichte und ihre Nachwirkungen, Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus und Antiziganismus sowie entsprechende diskriminierungskritische Bildungsansätze. Zuletzt erschien der Sammelband: „Rassismus, Antisemitismus und Antiziganismus in der postnationalsozialistischen Gesellschaft. Erziehungswissenschaftliche und pädagogische Auseinandersetzungen.“

### Dieser Beitrag ist ein Abdruck des 2023 im transcript Verlag erschienenen Textes:

Katharina Rhein (2023): Von der rechten Gewalt, die es nicht geben durfte. Gedenken als solidarische Praxis. In: Demirtas, et. al. (Hg.): Solingen, 30 Jahre nach dem Brandanschlag. Rassismus, extrem rechte Gewalt und die Narben einer vernachlässigten Aufarbeitung. transcript Verlag: Bielefeld, S. 317-328. <https://www.transcript-verlag.de/shopMedia/openaccess/pdf/oa9783839464977.pdf>

## Verbindende Erinnerungsarbeit aus postmigrantischer Perspektive. Das Zusammendenken einer rassismus- und antisemitismuskritischen Bildungsarbeit

// Karima Benbrahim

Im deutschsprachigen Raum ist die Herausbildung eines postmigrantischen Gedächtnisses mit postnationalsozialistischen und postkolonialen Perspektiven kaum präsent. Die Aufarbeitung der und Erinnerung an die koloniale Vergangenheit Deutschlands findet wenig Eingang und Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit, im Schulsystem sowie in der historisch-politischen Bildungsarbeit. Die Auseinandersetzung mit der Geschichte sollte aus meiner Sicht in einer Verschränkung von rassismuskritischer und antisemitismuskritischer Konzeptionierung historisch-politischen Lernens erfolgen, um eine multiperspektivische und multidirektionale (vgl. Rothberg 2021, 9) – also nicht konkurrierende – Beschäftigung mit miteinander verwobenen Menschheitsverbrechen zu ermöglichen. In der postkolonialen und postnationalsozialistischen Aufklärungs- und Erinnerungsarbeit geht es weniger um die Vergleichbarkeit, sondern vielmehr um die Nachwirkungen beider historischen Erfahrungen in der Gegenwart (vgl. Messerschmidt 2008, 42). Dieser Beitrag soll dazu dienen, anhand der maghrebischen bzw. deutsch-marokkanischen Community eine Verbindung zwischen postkolonialer, postnationalsozialistischer und postmigrantischer Erinnerung herzustellen.

- Was bedeutet Erinnerungskultur in einer postmigrantischen Gesellschaft?
- Wer wird als zur Nation zugehörig betrachtet und somit perspektivisch in die nationale Geschichtsschreibung einbezogen?
- Welche Geschichten bleiben unerwähnt und wieso?
- Wie kann Geschichte multiperspektivisch erzählt werden?

Auch wenn die marokkanische Diaspora in Deutschland vergleichsweise klein ist, stellt sie mit ca. vier Millionen Menschen eine der größten Communities in Europa dar. Angehörige der marokkanischen Communitys leben insbesondere in Frankreich, Spanien, Belgien, den Niederlanden, aber auch zunehmend in Italien. Marokkaner\*innen gehören längst zum sichtbaren und festen Bestandteil postkolonialer und postmigrantischer Gesellschaften, die auch im öffentlichen Diskurs in Deutschland zunehmend ihre Spuren hinterlassen. Der

Begriff Maghreb leitet sich vom arabischen Begriff für „Ort des Sonnenuntergangs“ ab, in Abgrenzung zum „Maschreq“, dem „Ort des Sonnenaufgangs“. Der Maschreq ist politisch gesehen nicht definiert, aber darunter werden Länder einer arabischsprachigen Mehrheit von Libyen bis Saudi-Arabien bezeichnet. Wenn in diesem Zusammenhang über den Maghreb oder die Maghreb-Staaten gesprochen wird, dann sind damit Marokko und Westsahara, Algerien, Tunesien, Mauretanien, Libyen und Ägypten gemeint, also insbesondere amazighsprachige (indigene Sprache) und arabischsprachige Länder (vgl. Lafi 2016, 4).

Der Maghreb wurde durch koloniale Grenzziehungen im sogenannten ‚Nordafrika‘ in Nationalstaaten unterteilt. Dadurch konnten kolonial-rassistische sowie nationalstaatliche (Zu)Ordnungen und Praktiken manifestiert werden, die der hegemonialen und ausbeuterischen Expansionspolitik Europas dienten und bis heute wirksam sind. Die territorialen Grenzziehungen des Maghreb und die dadurch geschaffenen Nationalstaaten führten zur Verwirklichung einer konstruierten historischen, kulturellen und politischen Identität, die durch eine gewaltsame Trennung vom subsaharischen Afrika geschaffen wurde. In der Praxis der Grenzziehung bzw. Nationalstaatlichkeit wird ein nationales Narrativ und arabisches Wir-Gefühl konstruiert, welches im deutschen Diskurs unwidersprochen reproduziert wird, obwohl es dem dekolonialen Selbstverständnis und den postkolonialen Amazigh Widerstandsbewegungen widerspricht. Auch wenn es aus den Maghreb-Staaten keine einheitliche Migrationsgeschichte nach Europa gibt, da sehr unterschiedliche historische, sozioökonomische und politische Geschichten damit verbunden sind, existieren Analogien und koloniale Kontinuitäten, die mit der rassistischen Agenda der Kolonialist\*innen und Nationalsozialist\*innen verflochten sind, worauf im Folgenden eingegangen wird.

### Die Verbindung postnationalsozialistischer und postkolonialer Geschichte anhand der maghrebischen Community

Eine historische Betrachtungsweise der Verflechtungen deutsch-marokkanischer Geschichte kann nicht erst bei der Arbeitsmigration in den 1960er Jahren ansetzen, sondern muss weiter zurückblicken, nämlich auf die europäische Kolonialzeit. Deutschland beteiligte sich aktiv am imperialistischen Weltmachtstreben und stieg 1890 in den Wettbewerb um die Gewinnung von Kolonien ein.

1 Der Begriff „Nordafrikanisch“ markiert eurozentrische Bezugnahmen auf territoriale und nationalstaatliche Einteilungen, die durch Kolonialmächte erfunden und legitimiert wurden. Diese fremdbestimmte Einteilung ist bis heute wirkmächtig und führt innerhalb der afrikanischen Diaspora zu Rassifizierungsprozessen. Der Begriff maghrebisch versucht eine selbstbestimmte kulturelle und historische Einordnung vorzunehmen.

In diesem Zusammenhang wurde Marokko durch deutsche und französische Interessen zwei Mal zum Schauplatz internationaler Krisen, den sogenannten Marokkokrisen im Jahr 1905 und im 1911. Da Marokko 1912 seine Unabhängigkeit an Frankreich verlor, mussten im Zuge des Ersten Weltkrieges marokkanische Soldaten bzw. sogenannte „Kolonialtruppen“ für Frankreich kämpfen. Nach der Niederlage Deutschlands wurden 1919 das linke Rheinufer sowie Teile des Saarlandes und der Stadt Frankfurt von französischen Truppen besetzt. Unter ihnen befanden sich etwa 10.000 kolonialisierte Soldaten nord- und ostafrikanischer sowie asiatischer Herkunft (vgl. Lauré al-Samarai 2004). In den Sommern von 1920 und 1921 bestand beinahe die Hälfte der Streitmacht aus „Kolonialtruppen“ – Algerier, Marokkaner, Senegalesen, Westafrikaner, Tunesier und Madegassen. Während der Stationierung von kolonialisierten marokkanischen Soldaten in den besetzten Gebieten wurde die erste deutsch-marokkanische Generation im Zuge der Rheinlandbesetzung geboren.

Die Narrative, Bilder und Figurationen über Marokkaner\*innen bzw. Maghrebener\*innen als sogenannte „Oriental\*innen“ sind ein auch heute noch wirksames koloniales Relikt, das sich u. a. aus der Zeit der Rheinlandbesetzung und der damit verbundenen Propagandakampagne speist. Diese kolonialen Kontinuitäten, die Fremdwahrnehmung und rassistischen Stereotype bleiben wirksam und reproduzieren sich in den gegenwärtigen Debatten um Migrationsandere, insbesondere wenn es um Migration und Flucht geht, beispielsweise in der „Nafri“-Debatte. Der rassistische Begriff „Nafri“ kommt aus dem Polizeijargon und stigmatisiert aus Nordafrika stammende Menschen bzw. spezifisch (junge) Männer. In der Kölner Silvesternacht 2015/2016 waren kolonial-rassistische Bilder und Stereotype von „lüsternen Orientalen“ aus dem Maghreb, die sich über (weiße) deutsche Frauen hermachen (Amjahid), omnipräsent. Der Topos des hypersexuellen und gefährlichen Fremden ist ein rassistisches Narrativ, dessen Wirkmächtigkeit sich bereits nach dem Ersten Weltkrieg zeigte. Dass diese rassistischen Wissensbestände und Diskurse aus der Zeit der Stationierung französischer Besatzungstruppen im Rheinland stammen, wird im kollektiven Gedächtnis ausgeblendet.

Die deutsche Propagandakampagne gegen die Stationierung von „Kolonialtruppen“ im Besatzungsgebiet wies hochgradig rassistische Züge auf unter Verwendung von Schlagworten wie „Rassenschande“, „Schwarze Schmach“, und „Schwarze Schande“.<sup>2</sup> In der historisch-politischen Bildungsarbeit tauchen diese Geschichten und Perspektiven aus der Betroffenenper-

2 „Rassenschande“ (auch „Blutschande“ genannt) war im Deutschen Reich in der Zeit von 1933 bis 1945 ein verbreiteter Propagandabegriff, mit dem sexuelle Beziehungen zwischen Juden – nach der Definition der Nürnberger Rassegesetze – und Staatsangehörigen „deutschen oder artverwandten Blutes“ verunglimpft wurden.

spektive bis heute nicht auf. Wenig bekannt ist, dass kolonialisierte maghrebische Soldaten auch im Zweiten Weltkrieg für Frankreich gegen Deutschland kämpften und als Kriegsgefangene zur Zwangsarbeit in deutschen Konzentrationslagern interniert wurden.

In der Bildungsarbeit gibt es kaum Wissen über die Geschichte der Maghrebener\*innen, obwohl sie verschiedene Betroffenheitsperspektiven vertreten und unterschiedlichen Opfergruppen (amazighisch, Schwarz, jüdisch, muslimisch) angehören, die sowohl vom Kolonialismus als auch vom Nationalsozialismus betroffen waren. Bei den Bildungsangeboten zur Erinnerungsarbeit wird die maghrebische Community häufig auf eine muslimische Zugehörigkeit bzw. Zielgruppe reduziert. Auf diese Weise können Mehrfachzugehörigkeiten weder innerhalb noch außerhalb der Community thematisiert werden.

Eine verbindende und solidarische Erinnerungsarbeit ist bedeutsam für eine multiperspektivische historisch-politische Bildungsarbeit, da diese Narrative und Schicksalsgeschichten identitätsstiftend für die maghrebische Community sind. Die Schicksale der Kriegsgefangenen fokussieren deutsch-marokkanische Spuren und Präsenzen, in denen sich Repräsentation und Zugehörigkeit seit der europäischen Kolonialzeit widerspiegeln. Die Auseinandersetzung mit der Geschichte kann besonders (jungen) Menschen ein besseres Verständnis für historische Ereignisse geben und diese einordnen. Dadurch können Zusammenhänge und Verbindungen zur Gegenwart hergestellt werden, um Handlungsmöglichkeiten gegen Rassismus und Antisemitismus zu entwickeln.

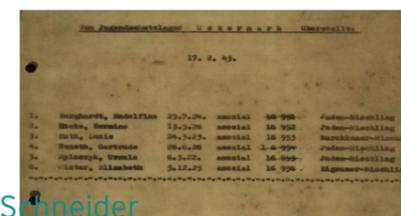
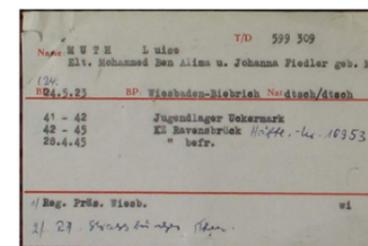
### Spuren marokkanischer Repräsentanz vor und nach dem Nationalsozialismus in Deutschland

Die Geschichten der Zwangsarbeiter\*innen und die Generation der Rheinlandbesetzung weisen deutsch-marokkanische Spuren und Präsenzen auf, die bereits 100 Jahre alt sind und Deutschsein neu situieren. Damit wird der Blick auf deutsche Zugehörigkeiten und das nationale Selbstverständnis von einer homogenen, christlichen, weißen Dominanzgesellschaft in Frage gestellt. Im Rahmen von historisch-politischem Lernen können zum einen Fragen von Zugehörigkeit und Rassifizierungsprozessen neu reflektiert, sowie postkoloniale und postnationalsozialistische Perspektiven verknüpft werden. Es ist maßgeblich, welche Geschichten erzählt und welche vergessen werden, weil sich damit verschiedene Gruppen einer Gesellschaft in Beziehung setzen und eine nationale Geschichtsschreibung formen. Zur Herstellung eines nationalen Selbstverständnisses werden bestimmte Menschen bzw. Gruppen homogenisiert und als eine Nation konstruiert, während rassifizierte Communities als nicht dazugehörig erzählt bzw. gezählt

werden. So werden auch ihre Geschichten vom nationalen Selbstverständnis getrennt und exkludiert. Die Erkenntnisse über die Schicksale der Zwangsarbeiter\*innen und der deutsch-marokkanischen Generation der Rheinlandbesetzung erweitern die Perspektive der Erinnerungsarbeit und eröffnen neue Verbindungspunkte zur postkolonialen und postnationalsozialistischen Gesellschaft, auch wenn die Geschichte der „Rheinlandbastarde“<sup>3</sup> eine bis heute verdrängte gewaltvolle „Schicksalsgeschichte“ ist (vgl. Lauré al-Samarai 2004). Im Folgenden werden ausgewählte Biographien und kollektive Erinnerungsprozesse anhand der deutsch-marokkanischen Generation der Rheinlandbesetzung und Zwangsarbeiter\*innen im Nationalsozialismus dargestellt.

### Lucie Muth

Die 14-jährige Lucie Muth ist am 24.05.1923 in Wiesbaden-Biebrich geboren. Sie ist die Tochter von Mohammed Ben Alima und Johanna Fiedler (geborene Muth). Lucie Muth ist deutsch und katholisch gewesen. Vom 15. Februar 1940 bis zum 26. Juli 1940 befand sie sich mit der Gefangenenummer 706 und dem Vermerk „Zögl.“ (Zögling) im Konzentrationslager Breitenau. 1941 wurde sie mit dem Vermerk „asozial“ und „Marokkaner-Mischling“ und der Häftlingsnummer 316953 in das Jugendschutzlager „Uckermark“ überstellt. Von 1942 bis 1945 war sie dann im Frauenkonzentrationslager Ravensbrück, wo sie am 28.04.1945 mit 22 Jahren befreit wurde. Lucie Muth kämpfte bis zu ihrem Lebensende leider erfolglos um Entschädigung.<sup>4</sup>



### Josef Schneider

3 Der rassistische Begriff „Rheinlandbastarde“ wurde für die Nachkommen von Schwarzen und/oder maghrebischen Kolonialsoldaten und weißen deutschen Frauen benutzt. Die rassistische Agenda des Nazi-Regimes führte dazu, dass diese Kinder still und heimlich zwangssterilisiert wurden.

4 <https://www.zukunft-plus.net/invisible-stories/biografien/>

Josef Schneider wurde am 26. Juni 1924 in Bitburg als Kind einer weißen deutschen Mutter und eines marokkanischen Vaters geboren. Von der Mutter ist lediglich der Vorname „Susanna“ bekannt. Der Name des leiblichen Vaters bleibt unbekannt, allerdings soll er ein ehemaliger kolonialisierter Soldat gewesen sein. Josef Schneiders nicht-leiblicher Vater, welcher nach seiner Geburt verstarb, war Peter Schneider. Josef Schneider wurde im Frühjahr 1930 eingeschult und ein Jahr später ins Euskirchener Waisenhaus überstellt. Aufgrund der rassistischen Agenda der Nationalsozialist\*innen gegenüber der deutsch-marokkanischen Generation der Rheinlandbesetzung, meldete der Bürgermeister Gottfried Disse 1934 seinen Aufenthaltsort bei der Ortspolizeibehörde. Die neuen Verordnungen sahen auch vor, dass sich Josef Schneider ärztlichen Untersuchungen unterzog. Sein ehemaliger Lehrer namens Blaumeiser notierte im Abschlussbericht des Schuljahres 1935/36, dass „die rassistischen Merkmale seines Vaters (Marokkaner) [...] sich immer deutlicher aus[prägen].“ Josef Schneider verstarb am 03.03.1942 in der Provinzial-Kinderheilabteilung.<sup>5</sup>

### Unsichtbare Geschichten der maghrebischen Zwangsarbeiter\*innen

Das Projekt „Invisible Stories - Maghrebische Zwangsarbeiter\*innen in der NS-Zeit“ informiert über und sensibilisiert für die wenig bekannte Geschichte maghrebischer Zwangsarbeiter\*innen in der NS-Zeit.



5 <https://www.zukunft-plus.net/invisible-stories/biografien/>



Kolonialisierte maghrebinische Soldaten wurden als französische Kriegsgefangene in deutsche Konzentrationslager deportiert.

tionslager deportiert.

Um die unsichtbaren Geschichten greifbarer zu machen, ist ein Blick in die Vergangenheit und die damit verbundene koloniale Verflechtung essenziell. Im Ersten sowie im Zweiten Weltkrieg setzten Belgien, England, die Vereinigten Staaten und vor allem Frankreich kolonialisierte Soldaten ein, um den Krieg zu gewinnen. Frankreich tat dies insbesondere in den kolonialisierten Ländern Marokko, Algerien, Tunesien und dem Senegal. Insgesamt sollen um die 40.000 kolonialisierte Soldaten im Ersten Weltkrieg allein für Frankreich gekämpft haben. Sie wurden (zwang-)rekrutiert, indem ihnen ein rechtlicher und finanzieller Aufstieg in Aussicht gestellt und die französische Staatsbürgerschaft zugesichert wurde. Frankreich tat dies lediglich, um mögliche Widerstände zu verhindern (Belyouaou, Benbrahim S.6). Viele der politischen Gefangenen kamen im KZ Neuengamme an und wurden zur Zwangsarbeit umverteilt, beispielsweise nach Bremen-Farge (Bunker Valentin), wo sie dann verstarben. Aus der Geschichte der Bauarbeiten am Bunker Valentin, einem großen Rüstungsprojekt der Nazis in Bremen, geht hervor, dass dort 10.000 Menschen zur Arbeit gezwungen wurden, von denen 1.600 die Zwangsarbeit und Gefangenschaft nicht überlebten. Unter ihnen befanden sich auch maghrebinische Zwangsarbeiter\*innen, davon wenige Überlebende, die allesamt unerwähnt bleiben.

### Biographie von Denise Antoinette Tourtay

Denise Antoinette Tourtay wurde am 21.07.1922 in Fes, Marokko geboren. In Marokko verbrachte sie ihre ersten Jahre und ging auf das Mädchengymnasium „Lycée Gouraud de Rabat“. Daraufhin beendete sie ihre Sekundarschulzeit in der Mathematikklasse des Gouraud-Gymnasiums. Sie studierte anschließend an der wissenschaftlichen Fakultät in Grenoble. Dort erhielt sie das „Licenciée Es-sciences“ (Lizentiat der Wissenschaften). Die letzte bekannte Adresse war in Frankreich „Foyer de l'Etudiante, Rue du Vieux Temple - Grenoble (Isere)“.

Im Jahre 1943 wollte sie wieder nach Marokko zu ihrer Mutter ziehen. Ob ihre Mutter selbst Marokkanerin oder Französin war, bleibt unklar, jedoch war sie vermutlich jüdisch-marokkanisch. Um ihr Ziel zu erreichen, wollte sie die Grenze in den Pyrenäen überqueren, dabei tat sie sich mit drei jungen Student\*innen zusammen, die gerade in die afrikanische Armee eingetreten waren. Sie wählten für ihren Übergang die Pässe der Haute Garonne. Denise und eine\*r der Student\*innen hatten es bereits geschafft die Grenze zu überqueren und waren in Sicherheit, als sie bemerkten, dass ihre beiden Kameraden verhaftet wurden. „Aus Solidarität“, schreibt eine ihrer Mitgefangenen, „lieferte sie sich aus, um, wie sie dachte, die Befreiung ihrer beiden Kameraden zu erreichen“. Denise versuchte, sich für ihre Kameraden einzusetzen. Sie wurde jedoch im Juni 1943 verhaftet und

zunächst in Luchon und dann in Toulouse in Gewahrsam genommen.

Am 29. August 1943, zwei Monate nach ihrer Verhaftung, wurde Denise Tourtay ins Konzentrationslager (Frauenlager) Ravensbrück deportiert. Denise wurde daraufhin in der angrenzenden Fabrik in Neubrandenburg in der „schlimmsten Werkstatt“, der Galvanik, eingesetzt.



Häftlingspersonalbogen Denise Tourtay, KZ Ravensbrück, 1.1.35.2, 41506. Hier einige Auszüge

aus Briefen von zwei ihrer Kameraden aus der Gefangenschaft:

„Sie musste schwere Eisenstangen heben, an denen die Werkstücke hingen, und sie in den Ofen tragen, wo die Temperatur unerträglich war. Fast immer 70°, präzisiert der andere Kamerad - und wenn wir abends hinausgingen, um ins Lager zurückzukehren, hatten wir ungefähr zwischen -20° und -28° ...“

„Zu der Zeit, als Denise arbeitete, arbeiteten wir 12 Stunden in der Fabrik und bekamen nur wenig zu essen. Obwohl sie sehr tapfer war, erschöpfte sie sich ziemlich schnell und leistete ab dem 15. Dezember nicht mehr die Arbeit, die man von ihr verlangte. Zur Strafe musste sie am Weihnachtstag arbeiten. (...) Sie war die einzige Gefangene, die in die Fabrik gebracht wurde. Denise friert, hungert, ist völlig erschöpft, wird verprügelt und leidet unter Halluzinationen: „Sie sah immer den Leichenwagen ihrer Mutter“. Sie hat daran gedacht, ins „Revier“ (die Krankenstation des Lagers Ravensbrück) zu gehen, aber sie kennt leider die Parole dieses Vernichtungslagers. „Wenn ihr nicht mehr arbeiten könnt, seid ihr gut genug, um zu sterben.“

Sie ging dann doch ins Revier, wurde aber entlassen und brach auf dem Rückweg im Schnee zusammen. Denise konnte erst später wieder aufstehen, woraufhin die Aufseherin sie mit Schlägen bestrafte. Für die Prügel wurde sie in die Kabinen geführt, da vor Zivilen in der Fabrik nicht geschlagen wurde. Sie bekam Schläge auf den Kopf, in den Bauch und verlor dann das Bewusstsein. Am selben Abend trugen sie die Mitinsassinnen in die Krankenstation. Erst nach drei Tagen erkannte sie ihre Kameradinnen wieder. Sie wusste aber nicht mehr, dass sie geschlagen wurde. Am Morgen rief sie nach ihrer Mutter. Denise Tourtay starb am 21. Juli 1944 im KZ Ravensbrück. Inwiefern die Angaben und Erzählungen

stimmen, lässt sich nicht mit Sicherheit bestätigen. Einiges kann durch Personenkarten und der Auskunft des Deutschen Roten Kreuzes akkreditiert und nachverfolgt werden.

### Biographie von Mohamed Bouayad

Mohamed Bouayad wurde am 13.03.1904 in Rabat, Marokko geboren. In seinen Dokumenten wird er auch als Mohamed Ben Hadj Abdelkader Ben Mohamed Bouayad benannt. Seine Mutter hieß Zahra Bargasch und bei seinem Vater steht Hadsch geschrieben. Der vermeintliche Vorname „Hadsch“ ist auf die Bezeichnung für jemanden, der die Pilgerfahrt nach Mekka durchgeführt hat, zurückzuführen. Im Jahre 1937 wurde er im Zuge der (Zwang-)Rekrutierung von Marokko nach Frankreich gebracht. Zuvor soll er ein Teppichhändler gewesen sein. Während seines Aufenthaltes in Paris im 12. Boulevard Maiesherbes im 8. Arrondissement hatte er eine französische Freundin namens Thérèse Corand. Er wurde am 07.08.1941 in Paris festgenommen und zunächst in das Häftlingslager „Fort de Romainville“ des Stalag 122 in Seine gebracht. Daraufhin wurde er mit der Nummer 41506 in das KZ Buchenwald überstellt, alsdann er ins KZ Mauthausen mit der Nummer 53929 deportiert wurde.



Historique De La Défense Digital, Archive, N.21P428702

Für seinen Transport vom KZ Buchenwald in das KZ Mauthausen am 22.04.1944 musste er einen kleinen Betrag zahlen, ohne weitere Angabe wofür er genau zahlen musste. Außerdem durften die 500 Häftlinge, die mit ihm deportiert wurden, nur ein Kleiderbündel mitnehmen.

Bevor er in das KZ Mauthausen überstellt wurde, musste er vom Lagerarzt in Buchenwald kontrolliert werden, woraufhin er als „transportfähig“ eingestuft wurde. Außerdem war er ein Politischer Gefangener mit dem Vermerk „Schutzhäftling“. Am 24.04.1945 starb er an einer allgemeinen Kreislaufschwäche infolge einer Sepsis. Nach seinem Tod kämpfte sein Bruder für die Verleihung des Status „Mort pour la France“ an Bouayad. 1950 gab es den Vermerk „Mort en deportation“ vom Ministerium in Frankreich. Ob er nun die Ehrung „Mort pour la France“ erhielt, bleibt noch unklar.



13:00 Uhr **WORKSHOPS**

WS I: »Empowerment und rassismuskritische Sensibilisierung als Handlungsperspektiven vor dem Hintergrund rassistischer Diskurse«  
Cecil Arndt, Megha Kono-Patel & Isabell May, *Projekt.kollektiv IDA-NRW*

WS II: »Fake News in einer demokratiegefährdenden Gesellschaft: Herausforderungen und Handlungsperspektiven«  
Prof\*in Dr.\*in Derya Gür-Şeker, *Hochschule Bonn-Rhein-Sieg*

WS III: »Antisemitismuskritische und rassismuskritische Bildungsarbeit zusammendenken«  
Saloua Mohammed & Simon Hölscher, *Projekt zusammen\_denken IDA-NRW*

WS IV: »Multiperspektivische Erinnerungsarbeit in der Migrationsgesellschaft«  
Birgül Demirtaş, *IDA-NRW*

WS V: »Impulse zur rassismuskritischen und intersektionalen Praxisentwicklung für Organisationen«  
Aynur Tönjes & Ina Klären, *Re\_Struct IDA-NRW*

15:30 Uhr Kaffeepause 16:00 Uhr **Spoken Word**  
Hatice Şahin, *Jura-Student\*in an der Uni Köln/Altınbaş Üniversitesi Türkei*

**Talkrunde:** »Utopien für die Zukunft – Empowermentorientierte Perspektiven rassismuskritischer Bildungsarbeit in einer demokratiegefährdeten Gesellschaft«  
Kiana Ghaffarizad, *Literatur- & Kulturwissenschaftler\*in Universität Freiburg N.N., Bund der Alevitischen Jugendlichen in Deutschland e. V. (BDAJ) N.N.*

Moderation: Zehra Bulut, *Vorstand IDA e. V.*

17:30 Uhr **Ende**

Anmeldung bis zum 20.09.2024  
auf [www.IDA-NRW.de/veranstaltungen/](http://www.IDA-NRW.de/veranstaltungen/)

**Infos & Kontakt**  
IDA-NRW

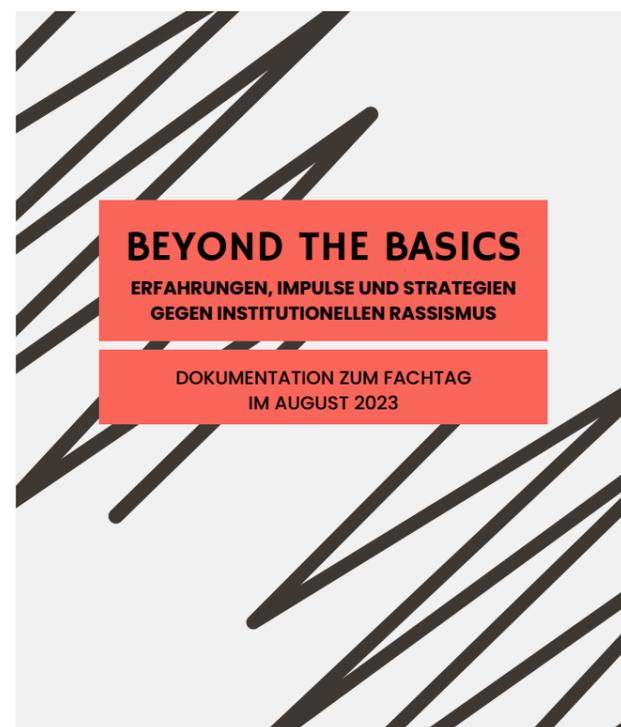
Birgül Demirtaş  
Volmerswerther Str. 20  
40221 Düsseldorf  
Tel: 02 11 / 15 92 55-5  
info@IDA-NRW.de  
www.IDA-NRW.de

**Veranstaltungsort**

Künstlerverein Malkasten  
Jacobistraße 6a  
40211 Düsseldorf  
Tel.: 02 11 / 35 64 71  
info@malkasten.org  
<http://malkasten.org>  
Barrierefreier Zugang

**Fachbereich Re\_Struct veröffentlicht die Dokumentation zur Fachtagung „Beyond the Basics“**

Re\_Struct freut sich, die Veröffentlichung der Dokumentation der Fachtagung „Beyond the Basics – Erfahrungen, Impulse und Strategien gegen institutionellen Rassismus“ bekannt zu geben. Die



Re\_Struct

IDA-NRW  
Informations- und Dokumentationszentrum  
für Antirassismusbildung in Nordrhein-Westfalen

FACHSTELLE  
GENDER & DIVERSITÄT  
NRW

Fachtagung widmete sich weiterführenden Bildungsformaten rund um Rassismuskritik in Institutionen und fand in Kooperation mit FUMA – Fachstelle für Gender und Diversität statt. Die Broschüre beinhaltet aktuelle Diskussionen dazu, was Organisationen und Mitarbeiter\*innen tun können um Rassismus ernst zu nehmen und Diskriminierung zu reduzieren. Unter anderem mit Artikeln von Mitgestalter\*innen der Fachtagung zu den Themen:

- „Mit dem Recht gegen Rassismus?“ von Malika Mansouri
- „Wie schafft mensch rassismuskritische Strukturen auf Nicht-Leitungsebene?“ von Dr. jur. Asmaa El Idrissi
- Zusätzlich haben Dahlia Al Nakeeb und Ina Klären einen Artikel verfasst, der unter dem Titel „Ein Rückblick für die Zukunft“ Feedbacks und Analysen zur Gestaltung des Fachtages bereit stellt.

Darüber hinaus finden sich Einblicke in die Workshops und die Keynote sowie Eindrücke, Bedarfe und Statements der Teilnehmenden. Die Dokumentation kann auf unserer Website unter Re\_Struct als PDF hier heruntergeladen werden. Wir wünschen viel Freude beim Lesen!

**Save the Date: Online Modulreihe „Above and Beyond Basics“ des Fachbereichs Re\_Struct**

In Anknüpfung an den letzten Fachtag „Beyond the Basics“ veranstaltet Re\_Struct eine dreiteilige Online-Modulreihe „Above and Beyond the Basics“.

Die Termine zum Vormerken:

- **26. September 2024** „Mit Recht gegen Rassismus am Arbeitsplatz“

**INFOS**

**Keine Kürzungen – „Gerade jetzt. Für alle!“**

**Gerade jetzt.  
Für alle.**

„Im Bundeshaushalt 2025 drohen nach Sparvorgaben des Finanzministeriums massive Streichungen. Bei den derzeitigen Verhandlungen zeichnet sich ab, dass das vor allem die Programmhaushalte der Ministerien treffen wird. Damit sind zivilgesellschaftliche Projekte und Initiativen bundesweit in ihrer Existenz bedroht“ heißt es in der Pressemitteilung des neuen Bündnisses „Gerade jetzt. Für alle. Deine Zivilgesellschaft“.

Das breite Bündnis aus mehr als 160 gemeinnützigen Organisationen, zu denen auch IDA e. V. zählt, warnt nun vor den dramatischen Folgen solcher Haushaltskürzungen für die Demokratie. „Tausende gemeinnüt-

- **7. November 2024** „Rassismuskritik auf nicht-Leitungsebene“ **21. November 2024** „Innerbetriebliche Beschwerdestelle“

Jedes Modul kann unabhängig voneinander besucht werden und setzt keine Teilnahme an dem vorangegangenen Fachtage voraus. Für die Teilnahme werden Grundkenntnisse zu Rassismus und eine grundlegende Reflexionsbereitschaft vorausgesetzt. Weitere Informationen zu den Referierenden, Uhrzeiten, Anmeldungen und genaueren Modulbeschreibungen folgen auf [www.ida-nrw.de](http://www.ida-nrw.de).

**Save the Date: Fachforum des Projekt.kollektiv**

Das Projekt.kollektiv des Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismusbildung in NRW, Q\_munity der Fachstelle Queere Jugend NRW und IM\*A der Fachstelle Mädchen\*arbeit veranstalten gemeinsam ein Fachforum mit dem Arbeitstitel „Genderspezifische Perspektiven im Kontext von Klassismus, Rassismus und Flucht“.

Das Fachforum findet am **1. Oktober 2024** ganztägig in der Alten Feuerwache Köln statt und lädt Fachkräfte der offenen Kinder- und Jugendarbeit, Multiplikator\*innen und Interessierte ein. Mehr Infos folgen auf [www.ida-nrw.de](http://www.ida-nrw.de).

zige Organisationen leisten täglich wichtige Arbeit – zum Beispiel bei der Hilfe für Betroffene von Hass und Gewalt, der Bildungsarbeit für Kinder, der Förderung freiwilligen Engagements oder mit Initiativen für eine solidarische, offene Gesellschaft. Was wir tun, stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Viele Menschen und Institutionen sind betroffen und brauchen Beratungsangebote, Hilfe und Schulungen dringend und mehr denn je. Gerade jetzt zeigt sich: Zivilgesellschaftliche Organisationen sind mit ihrem vielfältigen Engagement das Rückgrat der Demokratie. In einer Zeit, in der antidemokratische Tendenzen, Fake News, Populismus und gewalttätige Übergriffe an der Tagesordnung sind, dürfen wir nicht zulassen, dass wichtige Stimmen verstummen oder Hilfsangebote, die viele Menschen betreffen, ausgedünnt werden.“

Das Bündnis „Gerade jetzt. Für alle.“ wendet sich daher mit einer Petition für den Erhalt der Fördergelder direkt an Bundeskanzler Olaf Scholz. In kürzester Zeit haben sich bereits 75.000 Menschen der Petition angeschlossen. Das Bündnis ruft dazu auf, sich für die Anliegen einzusetzen und die Motive der

Social-Media-Kampagne #GeradeJetztFürAlle zu teilen. „Gerade jetzt. Für alle“ nimmt auch weiterhin Organisationen auf und stellt auf Anfrage eine Vorlage für Briefe oder E-Mails an Abgeordnete zur Verfügung. Beitritt, Vorlagen und weitere Informationen gibt es bei [kontakt@gerade-jetzt-fuer-alle.de](mailto:kontakt@gerade-jetzt-fuer-alle.de).

<https://gerade-jetzt-fuer-alle.de/>

### Die Opferberatung Rheinland (OBR) und die Betroffenenberatung BackUp veröffentlichen die Jahresbilanz rechter Angriffe 2023

#### Rechte Gewalt in NRW verbleibt auf sehr hohem Niveau – Jahresbilanz rechter Angriffe 2023

Die spezialisierten Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer, antisemitischer und anderer Formen menschenfeindlicher Gewalt in NRW verzeichnen für das Jahr 2023 ein anhaltend hohes Niveau rechter Angriffe. Insgesamt erfassten die Opferberatung Rheinland (OBR) und die Betroffenenberatung BackUp 355 Fälle rechter Gewalt mit mindestens 452 direkt betroffenen Personen, darunter ein Tötungsdelikt. Die nicht zu erfassende Dunkelziffer rechtsmotivierter Gewalt schätzen die Fachberatungsstellen als sehr hoch ein.

#### Erneut in 2023 – Rassismus als häufigstes Tatmotiv

Für das Jahr 2023 verzeichnen die Beratungsstellen 214 rassistisch motivierte Angriffe, ein weiterer Anstieg gegenüber 2022 (209 Angriffe). Über 60 Prozent der rechten Angriffe in NRW waren somit rassistisch motiviert. Rassismus äußert sich in unterschiedlichen Erscheinungsformen und betrifft unter anderem Menschen mit Flucht- und Migrationsbiografien, Muslim\*innen, Schwarze Menschen oder Sinti\* und Roma\*. Die registrierten Taten umfassen einfache (77) und gefährliche (54) Körperverletzungsdelikte, Brandstiftungen (5), Bedrohungs- und Nötigungsdelikte (73), sowie massive Sachbeschädigungen (4). Rassismus ist allgegenwärtig, tief in gesellschaftlichen Strukturen verwurzelt und für die davon Betroffenen eine nahezu alltägliche Erfahrung:

„Angesichts der stetigen Normalisierung und Verschärfung rassistischer Diskurse und wachsenden Zustimmungswerten für rechte Politik bedarf es dringend einer praktischen Solidarität mit den von Rassismus und rechter Gewalt betroffenen Menschen, anstatt reiner Lippenbekenntnisse. Diese Solidarität muss sich unter anderem in konkreten politischen Maßnahmen und einer konsequenten Abgrenzung nach rechts niederschlagen“, sagt Fabian Reeker von der Opferberatung Rheinland. „So müssen beispiels-

weise Förderprogramme auf Bundes- und Landesebene einen langfristigen Auf- und Ausbau von spezialisierten Betroffenenberatungsstellen sicherstellen“, so Reeker weiter.

#### Deutliche Zunahme antisemitischer Gewalttaten

Schon seit 2019 registrieren die Beratungsstellen eine kontinuierliche Steigerung antisemitischer Gewalt, welche 2023 eine drastische Zuspitzung erlebt. Die Angriffe umfassten massive Sachbeschädigung (1), Bedrohungen und Nötigungen (25) sowie einfache (6) und gefährliche Körperverletzungen (5).

„In Nordrhein-Westfalen verzeichnen wir einen sprunghaften Anstieg antisemitischer Gewalt nach dem terroristischen Angriff der Hamas auf Israel“, bestätigt Niklas Weitekamp von der Opferberatung Rheinland. „Jüdische Menschen in NRW sehen sich einer erhöhten Bedrohungslage ausgesetzt. Insbesondere im dynamischen Demonstrationsgeschehen haben wir eine Vielzahl von Übergriffen registriert, aber auch Angriffe im Wohnumfeld oder im öffentlichen Raum haben zugenommen.“

#### Besorgniserregender Anstieg von Gewalt gegen Obdach- und Wohnungslose gipfelt in einem Tötungsdelikt

Im Jahr 2023 konnten zwölf sozialdarwinistische Gewalttaten verifiziert werden – alle Angriffe richteten sich gegen wohnungslose Menschen, oder solche, die als wohnungslos wahrgenommen wurden. Neben einem Raubfall, zwei einfachen Körperverletzungsdelikten und acht gefährlichen Körperverletzungen, musste auch ein Todesopfer beklagt werden.

So wurde in Horn-Bad Meinberg ein 47-jähriger Mann von drei Jugendlichen angegriffen und mit mehreren Messerstichen getötet – die Tat wurde gefilmt und über soziale Medien verbreitet.

„Tötungsdelikte sind eine letzte tragische Konsequenz einer vorausgegangenen alltäglichen Abwertung wohnungsloser Menschen“, so Lisa Schulte von BackUp. „Fehlende Rückzugs- und Schutzmöglichkeiten tragen erheblich dazu bei, dass Diskriminierungen und Gewalt auf der Straße zu einer allgegenwärtigen Erfahrung werden, bei der die davon betroffenen

Menschen ständig sichtbar und besonders angreifbar sind.“

#### Intensität der Übergriffe nimmt zu

Mit besonderer Besorgnis müssen die spezialisierten Beratungsstellen auch für das Jahr 2023 eine Zunahme der Intensität der Gewalt registrieren. Neben dem registrierten Tötungsdelikt zeigt sich auch ein deutlicher Anstieg von gefährlichen Körperverletzungsdelikten. Diese erreichten mit insgesamt 88 Fällen im Jahr 2023 einen traurigen Höchstwert seit dem Beginn des unabhängigen Monitorings in NRW. Knapp ein Viertel der Gesamttaten in NRW entfallen somit auf gefährliche Körperverletzungsdelikte.

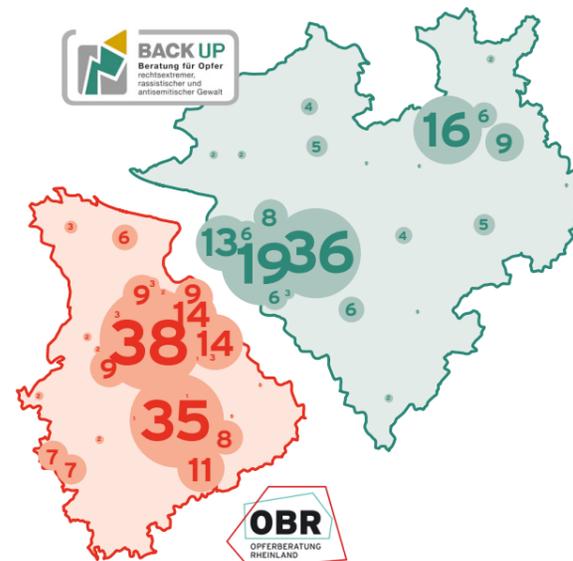
Die Opferberatung Rheinland (OBR) und BackUp unterstützen seit 2011/12 Betroffene rechter, rassisti-

scher und antisemitischer Gewalt in NRW. Darüber hinaus dokumentieren sie gemeinsam die Angriffszahlen rechter, rassistischer, antisemitischer sowie anderer menschenfeindlich motivierter Gewalt. Diese veröffentlichen sie im jährlichen Zyklus.

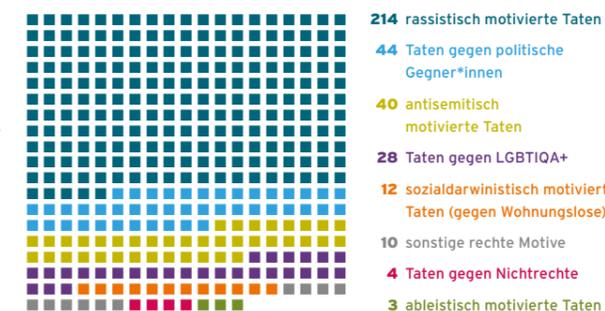
Ausführliche Analysen sowie die grafische Aufbereitung der Statistik finden sich im Hintergrundpapier zur Jahresstatistik 2023. Die Grafiken sind unter Nennung der Quelle (Opferberatung Rheinland und BackUp) frei verwendbar. Downloadbar auf den Webpräsenzen der Fachberatungsstellen:

[www.opferberatung-rheinland.de](http://www.opferberatung-rheinland.de)  
[www.backup-nrw.org](http://www.backup-nrw.org)

## Rechte Gewalt in NRW 2023 Jahresstatistik von OBR und BackUp



## 355 Angriffe mit 452 direkt Betroffenen



Gefördert von im Rahmen des Bundesprogramms

# TERMINE

## **Fachtag „Kein Raum für Antisemitismus und Muslimfeindlichkeit! - Wie der Nahostkonflikt Rassismus verschärft und was wir dagegen tun können“**

**Termin:** 17. Juli 2024

**Ort:** Dortmund

**Infos:** Internationalen Bildungs- und Begegnungswerks e.V. (IBB)

<https://tinyurl.com/4pnd78c7>

## **Fachtag „Feindbilder und Opfermythen: Verschwörungsideologien in der Neuen Rechten“**

**Termin:** 3. September 2024, 19:00 bis 21:00 Uhr

**Ort:** Online

**Infos:** Heinrich Böll Stiftung

<https://calendar.boell.de/de/event/feindbilder-und-opfermythen-verschwoerungsideologien-der-neuen-rechten>

## **Fortbildung „Queerfeindlichkeit & Rassismus“**

**Termin:** 5. September 2024, 9:00 bis 15:00 Uhr

**Ort:** Online

**Infos:** FUMA Fachstelle für Gender und Diversität  
[https://www.gender-nrw.de/veranstaltungen/queerfeindlichkeit-rassismus-09-24/?date\\_time=1725526800](https://www.gender-nrw.de/veranstaltungen/queerfeindlichkeit-rassismus-09-24/?date_time=1725526800)

## **Fortbildung „Mit Recht gegen Rassismus am Arbeitsplatz“**

**Termin:** 26. September 2024

**Ort:** Online

**Infos:** Fachbereich Re\_Struct des IDA-NRW  
<https://www.ida-nrw.de/unsere-news/veranstaltungen-und-termine> (in Kürze)

## **Fortbildung „Anti Bias Ansatz“**

**Termin:** 10. bis 11. September 2024, 10:00 bis 16:00 Uhr

**Ort:** Online

**Infos:** FUMA Fachstelle für Gender und Diversität  
[https://www.gender-nrw.de/veranstaltungen/anti-bias-ansatz-09-24/?date\\_time=1725962400](https://www.gender-nrw.de/veranstaltungen/anti-bias-ansatz-09-24/?date_time=1725962400)

## **Fachtag „Ein Schritt nach vorn – zwei Schritte zurück. Soziale Bewegungen und politische Bildungsarbeit im Kampf mit oder gegen Antisemitismus?“**

**Termin:** 25. September 2024, 9:00 bis 17:30 Uhr

**Ort:** Köln

**Infos:** Kölnische Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit e. V.

<https://www.koelnische-gesellschaft.de/veranstaltungen/fachtagung-ein-schritt-nach-vorn-zwei-schritte-zurueck/>

## **Fachforum „Genderspezifische Perspektiven im Kontext von Klassismus, Rassismus und Flucht“**

**Termin:** 1. Oktober 2024

**Ort:** Köln

**Infos:** Projekt.kollektiv des IDA-NRW, Q\_munity der Fachstelle Queere Jugend NRW & IM\*A der Fachstelle Mädchen\*arbeit

<https://www.ida-nrw.de/unsere-news/veranstaltungen-und-termine> (in Kürze)

## **Jubiläumsfachtagung IDA-NRW „Konflikte – Spannungsfelder – Solidarität in einer postnationalsozialistischen und demokratiegefährdeten Gesellschaft“**

**Termin:** 10. Oktober 2024

**Ort:** Düsseldorf

**Infos:** IDA-NRW

<https://www.ida-nrw.de/unsere-news/veranstaltungen-und-termine>

IDA-NRW wird gefördert vom

Ministerium für Kinder, Jugend, Familie,  
Gleichstellung, Flucht und Integration  
des Landes Nordrhein-Westfalen



Online-Ausgabe

[www.ida-nrw.de/publikationen/ueberblick/](http://www.ida-nrw.de/publikationen/ueberblick/)